

»Yom huledet same'akh«!

**TRIBÜNE-Gespräch mit Frank-Walter Steinmeier,
Bundesaußenminister und Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland**

TRIBÜNE: Innenpolitisch gibt es in der Bundesrepublik seit ihrem Bestehen mitunter heftige Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Parteien. Bei der Außenpolitik sieht das eher anders aus, vielleicht abgesehen vom Streit um die Ostpolitik nach der Wahl Willi Brandts zum Bundeskanzler. Was die Beziehungen zu Israel betrifft, herrschte wohl immer Einigkeit – jedenfalls zwischen den großen Parteien. Der erste Bundeskanzler Konrad Adenauer war schließlich zuerst selbst sein eigener Außenminister.

STEINMEIER: Oh, ich kann mich durchaus an die eine oder andere sehr engagiert geführte außenpolitische Debatte erinnern . . . Mit Blick auf Israel haben Sie aber Recht: Die Erinnerung an den Holocaust und die daraus erwachsenen besonderen Beziehungen zu Israel gehören zu den außenpolitischen Grundfesten der Bundesrepublik Deutschland. Wir sind mit keinem Land durch unsere Geschichte so untrennbar verbunden. Und ich meine, wir dürfen dankbar sein, dass Israel uns heute zu seinen engsten Verbündeten und Freunden zählt – und das noch zu Lebzeiten der Überlebenden des Holocaust. Das war nur möglich, weil israelische Bürgerinnen und Bürger den Deutschen über die Gräber der Shoah die Hand gereicht und gemeinsame Brücken zwischen Deutschen und Juden gebaut haben.

Vor ein paar Wochen haben wir mit den ersten deutsch-israelischen Regierungskonsultationen ein neues Kapitel in unseren Beziehungen zu Israel aufgeschlagen – für Israel die ersten Regierungskonsultationen mit einem ausländischen Staat überhaupt. Als deutsche und israelische Kabinettsmitglieder zum ersten Mal gemeinsam in der Halle der Erinnerung in Yad Vashem der Opfer der Schoah gedachten, war das für uns alle ein sehr bewegender Moment.

TRIBÜNE: Im Gegensatz zu vielen anderen Politikern der deutschen Linken haben Sie Ihren Wehrdienst abgeleistet. Das lässt nicht auf lupenreinen Pazifismus schließen, sondern eher auf eine gewisse Bereitschaft zum Einsatz von Waffen. In Europa ist diese Bereitschaft dank des dauerhaften Friedens nach dem Zweiten Weltkrieg eher eine Gewissens-, in Israel eine Überlebensfrage.

STEINMEIER: Die Entscheidung für eine Berufsarmee oder für die Wehrpflicht, die Möglichkeit eines nicht militärischen Ersatzdienstes – das alles sind Fragen, die jeder Staat



für sich zu entscheiden hat. In Deutschland haben wir aus gutem Grund die Möglichkeit, Wehersatzdienst zu leisten. Davon Gebrauch zu machen oder nicht, das ist eine persönliche Gewissensentscheidung, die jeder Wehrpflichtige nur für sich allein treffen kann. In Israel gibt es diese Wahlmöglichkeit nicht – aber das ist wie gesagt eine Frage, die jeder Staat für sich regeln muss.

TRIBÜNE: Die kürzlich vereinbarten jährlichen Konsultationen zwischen der deutschen und israelischen Regierung bedeuten nicht nur einen großen Schritt für diese beide Länder, sondern auch für die engere Einbindung Israels in die Europäische Union.

STEINMEIER: Wir hoffen in der Tat, dass wir unsere Beziehungen mit Israel in Zukunft noch enger und vertrauensvoller gestalten können. Die Regierungskonsultationen waren hierzu ein wichtiger Schritt, und wir freuen uns auf den Besuch des israelischen Kabinetts im nächsten Jahr hier in Deutschland! Israelis und Deutsche verbindet heute aber weit mehr als regelmäßige Treffen ihrer Regierungen: Ich denke da vor allem an die zahlreichen Städtepartnerschaften, die fast 5.000 Jugendlichen und Schüler, die jedes Jahr an Austauschprogrammen teilnehmen, unsere Wissenschaftskooperation, die neu eingerichteten Deutschlandzentren an den Universitäten Jerusalem und Haifa . . . Gerade diese Begegnungen zwischen den Menschen unserer beiden Länder sind ein wichtiges Fundament für unsere gemeinsame Zukunft.

TRIBÜNE: Sich in der EU an die Seite Israels zu stellen, dürfte nicht immer leicht sein, zumal Frankreich mitunter andere Positionen vertritt. Auch die arabischen Staaten und die Palästinenser betrachten die Aufnahme der deutsch-israelischen Regierungskonsultationen kritisch und misstrauisch.

STEINMEIER: Gerade mit der palästinensischen Seite führen wir ja sehr intensive Gespräche und haben das auch im Vorfeld der Regierungskonsultationen getan. Mein Eindruck ist, dass man in Ramallah sehr wohl versteht, dass das Verhältnis zwischen Israel und Deutschland ein besonderes ist.

TRIBÜNE: Unter der Regierung Schröder waren Sie nicht nur Chef des Bundeskanzleramtes, sondern auch Beauftragter für die Nachrichtendienste. Nun hoffen wir natürlich nicht, dass Sie uns geheime Informationen mitteilen – aber es interessiert uns doch, wie Sie auf dem Hintergrund Ihres Insider-Wissens die islamistische Terrorgefahr für Deutschland und für Israel langfristig einschätzen.

STEINMEIER: Danke für die Blumen, aber ich fürchte, ich bin schon zu lange nicht mehr für die deutschen Nachrichtendienste zuständig, als dass ich Ihnen eine aktuelle Bedrohungsanalyse liefern könnte!

TRIBÜNE: Nach dem Terror des 11. September 2001 waren Sie Mitglied des deutschen Krisenstabs und erlebten die Beratungen der europäischen und amerikanischen Administrationen hautnah. Zuweilen scheint es so, als hätten sich die westlichen Demokratien bis heute nicht von dem Schock erholt, dass islamistisch motivierte Terroristen unter Missachtung jeglicher Menschenrechte und Menschenwürde Massenmorde begehen, um ihrer Ideologie Geltung zu verschaffen. Keiner hat eine Antwort, wie man auf diese absolute und völlig irrationale Gewaltbereitschaft angemessen reagieren soll.

STEINMEIER: In der Tat waren die Anschläge des 11. September in ihrem Ausmaß ein gewaltiger Schock. Dies gilt aber nicht nur für die westlichen Demokratien, sondern weltweit hatte man Anschläge eines solchen Ausmaßes nie zuvor gesehen. Oberstes Ziel der internationalen Staatengemeinschaft nach dem 11. September war deshalb: Wir müssen alles tun, um die Wiederholung solcher Anschläge zu verhindern.

Wir haben aus diesen Anschlägen gelernt, dass wir bei der Terrorbekämpfung noch stärker international kooperieren müssen. Wo Terroristen global agieren, muss auch die interna-

tionale Staatengemeinschaft verstärkt Informationen über solche Netzwerke austauschen und gemeinsam handeln. Und wir tun dies durchaus mit Erfolg, wie mehrere vereitelte Anschläge beweisen. Für die Bundesregierung steht aber auch ganz klar fest: Bei der Terrorbekämpfung dürfen wir uns nur im Rahmen unserer rechtstaatlichen Prinzipien und des Völkerrechts bewegen. Wenn wir unsere Werte bei Terrorbekämpfung aufgeben würden, hätten die Terroristen ihr Ziel erreicht.

TRIBÜNE: Als Referent für Medienrecht und Medienpolitik in der niedersächsischen Staatskanzlei der 1990er Jahre sind Sie auch Fachmann für öffentliche Meinungsbildungsprozesse geworden. Finden Sie die deutsche Berichterstattung über den Nahostkonflikt fair und wie erklären Sie sich das meist einseitig negative Bild Israels, das viele deutsche Medien transportieren?

STEINMEIER: Ich kenne diese Kritik, die in Israel verschiedentlich an der Berichterstattung in deutschen Medien geäußert wird. Mein Eindruck ist aber, dass es eine ganze Reihe deutscher Journalisten gibt, die breit und sehr engagiert aus Israel berichten.

TRIBÜNE: US-Präsident George W. Bush hat nach seinem ersten Israelbesuch vor wenigen Wochen gesagt, er rechne mit einem Friedensabkommen zwischen den Palästinensern und Israel bis Ende dieses Jahres. Viele Experten halten das für eher unwahrscheinlich.

STEINMEIER: Keiner – auch nicht die US-Regierung – geht davon aus, dass wir bis Jahresende einen umfassenden Frieden im Nahen Osten haben werden. Was Präsident Bush anstrebt, ist eine Art Grundsatzvereinbarung zwischen Israelis und Palästinensern. Ob die Konferenz von Annapolis wirklich einmal als Wendepunkt in die Geschichte eingehen wird, muss sich zeigen. Aber dank des internationalen und amerikanischen Engagements führen israelische und palästinensische Unterhändler heute wieder sehr ernsthaft Gespräche über alle Endstatus-Fragen. Das hat es über Jahre hinweg nicht gegeben und ist an sich schon ein Erfolg, den man nicht klein reden sollte!

TRIBÜNE: Im Hamburger Grundsatzprogramm der SPD von 2007 heißt es: »Deutschland hat eine besondere Verantwortung für das Existenzrecht Israels. Auch deswegen engagieren wir uns für einen umfassenden Frieden im Nahen Osten auf der Grundlage internationaler Verträge. Wir setzen uns für die Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes und die Schaffung eines lebensfähigen palästinensischen Staates ein.« Wie stellen Sie sich einen solchen palästinensischen Staat und den Weg dorthin vor? Bisher waren doch alle Anstrengungen vergebens.

STEINMEIER: Allen ist klar: Die Verhandlungen werden Zeit benötigen, und die Konfliktparteien haben noch einen langen Weg vor sich. Wir haben in den letzten Wochen immer wieder erleben müssen, dass der Gesprächsprozess ins Stocken gerät, dass es Kräfte gibt, die alles daran setzen, ihn zu torpedieren. Aber die Verantwortlichen auf beiden Seiten sind trotz aller Schwierigkeiten entschlossen, sich nicht vom eingeschlagenen Weg abbringen zu lassen. Das gibt mir Hoffnung, und wir Europäer müssen alles daran setzen, sie dabei zu unterstützen!

Die Mehrheit der Israelis und Palästinenser will Frieden. Sicher: Viele sind skeptisch, ob Frieden wirklich möglich ist. Es muss daher unsere Aufgabe sein, einen Beitrag zu leisten, damit diese Wahrnehmung sich ändert. Die Menschen in Israel und den Palästinensischen Gebieten müssen spüren, dass sich der Weg zum Frieden lohnt! Deutschland setzt hier auf möglichst konkrete Flankierung der politischen Gespräche, beispielsweise indem wir gezielt die Eigenkräfte der palästinensischen Wirtschaft fördern oder indem wir uns um den Aufbau eines effizienten und rechtsstaatlichen Kriteriums verpflichteten Sicherheits- und Justizap-

parats in den Palästinensischen Gebieten bemühen. Beides bedeutet am Ende auch mehr Sicherheit für Israel.

TRIBÜNE: Weder Annapolis noch die internationale Geberkonferenz haben bis jetzt die erhoffte Bewegung in die Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern gebracht. Obwohl die Hamas in der westlichen Welt als terroristische Gruppe gilt – sogar als Partnerorganisation von Al Quaida – verlangen doch viele Kritiker, sie in den bestehenden Dialog einzubeziehen. Dabei wird aber übersehen, dass die Hamas nicht nur jegliche Gespräche mit Israel verweigert, sondern auch die Anerkennung des Staates Israel.

STEINMEIER: Zum ersten Teil Ihrer Frage: Natürlich hat es Bewegung zwischen Israelis und Palästinensern gegeben! Ohne Annapolis und ohne das Engagement der internationalen Staatengemeinschaft auf dem Weg dorthin – auch der Bundesregierung – gäbe es heute doch gar keine Verhandlungen. Was die Hamas betrifft: Die Haltung Deutschlands, der EU und des Nahost-Quartetts in dieser Frage war und bleibt: Solange die Hamas nicht auf Gewalt als politisches Mittel verzichtet, solange sie nicht dem Terror abschwört, solange sie nicht einmal das Existenzrechts Israels, geschweige denn die bestehenden Vereinbarungen zwischen Israelis und Palästinensern anerkennt – solange kann sie für uns auch kein Gesprächspartner sein.

TRIBÜNE: Am Rande der beiden schon erwähnten Konferenzen wurden Stimmen laut, die Blockade des Gaza-Streifens zu lockern und den Siedlungsausbau zu stoppen. Es gab jedoch keinen Appell an die Palästinenser, ihren brutalen Terror endlich einzustellen. Ein immer wiederkehrendes Verhaltensmuster: Proteste und Empörung sind weltweit groß, wenn Israel Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates nicht buchstabengetreu verwirklicht – doch die fehlende Umsetzung der per Resolution beschlossenen Entwaffnung der Hisbollah wird nicht thematisiert. Dabei sind islamistische Organisationen wie Hisbollah nicht nur für Israel, sondern auch für Saudi-Arabien, Ägypten und andere arabische Staaten eine existenzielle Bedrohung.

STEINMEIER: Die Roadmap erlegt beiden Konfliktparteien Verpflichtungen auf – und beide Seiten haben Defizite bei der Umsetzung dieser Verpflichtungen. Das Gespräch darüber nehmen wir, das nehmen unsere Partner – und allen voran die US-Regierung – mit den Parteien auf. Natürlich fordern wir, dass der unerträgliche Raketenbeschuss auf Israel endlich aufhört! Wir haben immer sehr deutlich gemacht, dass Israel das Recht hat, die Sicherheit seiner Bürger zu schützen. Was die von Ihnen angesprochene Siedlungsfrage angeht, so enthält die Roadmap hierzu klare Vereinbarungen. Kürzlich hat die amerikanische Außenministerin darauf verwiesen, und auch wir werden das bei unseren israelischen Freunden immer wieder ansprechen.

TRIBÜNE: Die nicht nur ideelle, sondern auch massive logistische und finanzielle Unterstützung des Iran für Terroristen im Nahen Osten haben dazu geführt, dass UNO und EU Sanktionen gegen das Mullah-Regime verhängt haben. Es hat lange gedauert, bis man sich auf ein gemeinsames Vorgehen einigen konnte. Diese Einigung wurde natürlich auch von dem Griff der iranischen Regierung nach atomaren Waffen befördert. Werden die Sanktionen die gewünschte Wirkung erreichen und wie lange wird die internationale Einigkeit Bestand haben?

STEINMEIER: Wissen Sie, die Tatsache, dass die internationale Gemeinschaft im Konflikt um das iranische Atomprogramm geschlossen auftritt – das ist nicht selbstverständlich. Darum müssen wir uns mit unseren Partnern – allen voran den fünf ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen – immer wieder bemühen. Sie kennen die drei Sanktionsresolutionen gegen den Iran. Wir haben sie auf den Weg gebracht, weil der Iran

sich weiterhin den Forderungen der internationalen Gemeinschaft widersetzt, sein Programm lückenlos aufzudecken und die Anreicherung zu suspendieren, solange wir berechtigtes Misstrauen hegen müssen. Gleichzeitig haben wir immer betont, dass wir gesprächsbereit sind, dass Amerikaner, Russen, Chinesen und Europäer bereit sind, auf den Iran zuzugehen, wenn dieser die Voraussetzungen dafür schafft. Das hat Teheran bisher leider nicht getan. Daher werden wir unsere Politik aus Anreizen und Sanktionsmaßnahmen weiter verfolgen – und zwar gemeinsam, denn in dieser internationalen Geschlossenheit liegt unsere größte Stärke.

TRIBÜNE: Für eine tragfähige Lösung im Nahostkonflikt bedürfte es der Weisheit Salomos und der Stärke Samsons. Vielleicht könnten Sie sich uns zuliebe vorstellen, dass Ihnen die schwierige Rolle zukäme, den politischen Prozess zu lenken und uns sagen, welches Ihre ersten zehn Maßnahmen wären.

STEINMEIER: Das werde ich mir sicher nicht anmaßen. Ich habe viel Respekt vor den Politikern, die derzeit den Verhandlungsprozess führen, und ich glaube nicht, dass es angebracht wäre, hier kluge Ratschläge zu erteilen. Der Eindruck aus all meinen Gesprächen ist, dass die israelischen und palästinensischen Verantwortlichen sich der enormen Verantwortung bewusst sind, die auf ihren Schultern lastet und die Gespräche mit großem Ernst führen. Die Aufgabe der Bundesregierung und der Europäischen Union sehe ich darin, diesen Prozess nach Kräften zu unterstützen und zu flankieren. Das wollen wir tun – etwa indem wir Ende Juni dieses Jahr zu einer internationalen Konferenz nach Berlin einladen, um zu besprechen, wie wir den Aufbau einer funktionstüchtigen palästinensischen Polizei und Justiz voranbringen können. Dieses Engagement wird von unseren amerikanischen, israelischen und palästinensischen Freunden auch gewürdigt.

TRIBÜNE: Bei feierlichen Anlässen ist es üblich, Wünsche zu übermitteln. Meistens sind es gute, hoffnungsvolle. Müsste oder wollte der deutsche Außenminister dergleichen tun – was würde er in Richtung Israel zu dessen sechzigstem Geburtstag sagen?

STEINMEIER: Zu allererst wünsche ich Israel den Frieden und die Sicherheit, die seine Menschen verdienen. Ich wünsche mir, dass es auch die nächsten 60 Jahre das beeindruckende und dynamische Land bleibt, als das ich es kennen gelernt habe. Und ich wünsche mir, dass es uns gelingt, das Band, das Deutsche und Israelis verbindet, noch enger zu knüpfen. In diesem Sinne wünsche ich Israel von Herzen »Yom huledet same'akh«!

TRIBÜNE: Herr Außenminister, herzlichsten Dank für das Gespräch.

Das Gespräch führte Otto R. Romberg.